

MEHR ABBRECHER BEI DEN POLIZEIANWÄRTERN IN DEUTSCHLAND

Arbeits- und Einkommensverhältnisse sind mitentscheidend für die Berufswahl

Die aktuellen Entwicklungen bei der Polizeiausbildung in Deutschland markieren aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei eine tiefgreifende strukturelle Krise, die weit über kurzfristige Schwankungen hinausgeht. Die Kombination aus deutlich sinkenden Bewerberzahlen, steigenden Durchfallquoten in den Auswahlverfahren und gleichzeitig hohen Abbruchquoten während der Ausbildung deutet auf ein systemisches Problem hin, dass die zukünftige Leistungsfähigkeit der Polizei ernsthaft gefährden kann.

Besonders besorgniserregend ist der Rückgang des Interesses am Polizeiberuf. Innerhalb weniger Jahre ist die Zahl der Bewerber bundesweit spürbar gesunken – in einzelnen Bundesländern sogar dramatisch. Für die GdP ist dies ein klares Signal dafür, dass die Attraktivität des Polizeiberufs im Wettbewerb mit anderen Berufsfeldern deutlich abgenommen hat. Junge Menschen verfügen heute über mehr Optionen denn je, während die Polizei gleichzeitig mit einem anspruchsvollen Berufsbild, hoher physischer und psychischer Belastung sowie wachsender gesellschaftlicher Kritik konfrontiert ist. Diese Rahmenbedingungen erschweren die Nachwuchsgewinnung erheblich.

Hinzu kommt ein zweites, mindestens ebenso gravierendes Problem: Selbst unter denjenigen, die sich bewerben, erfüllt ein wachsender Anteil die Anforderungen nicht. Die steigenden Durchfallquoten – insbesondere im Bereich der Sprachkompetenz – sind aus Sicht der GdP ein deutliches Warnsignal. Polizeiarbeit erfordert präzise Kommunikation, rechtssichere Dokumentation und die Fähigkeit, auch in komplexen Situationen klar zu formulieren. Wenn hier grundlegende Defizite bestehen, kann dies nicht durch spätere Ausbildung vollständig kompensiert werden. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich bei kognitiven Fähigkeiten und körperlicher Eignung.

Die Gewerkschaft sieht darin nicht nur ein Problem der Polizei selbst, sondern einen Ausdrück tiefer liegender Defizite im Bildungssystem. Studien wie die PISA-Studie belegen seit Jahren sinkende Kompetenzen in zentralen Bereichen wie Lesen und Mathematik. Wenn



Jens Mohrher

ein erheblicher Teil eines Jahrgangs bereits die schulischen Mindeststandards nicht erreicht, wirkt sich das zwangsläufig auch auf die Qualität des Bewerberpools für sicherheitsrelevante Berufe aus. Die Polizei wird hier zum „Seismografen“ gesellschaftlicher Entwicklungen.

Vor diesem Hintergrund gerät die Polizei zunehmend in einen Zielkonflikt: Einerseits besteht ein wachsender Bedarf an Personal, andererseits sinkt die Zahl geeigneter Kandidaten. Die GdP warnt eindringlich davor, diesen Konflikt durch eine dauerhafte Absenkung der Anforderungen lösen zu wollen. Zwar können einzelne Kriterien – etwa formale Schulnoten oder starre körperliche Vorgaben – überprüft und modernisiert werden. Doch grundlegende Kompetenzen dürfen nicht zur Disposition stehen. Eine Absenkung der Standards würde langfristig die Qualität der Polizeiarbeit untergraben und das Vertrauen der Bevölkerung gefährden.

Ein weiteres zentrales Problem sind die hohen Abbruchquoten während der Ausbildung. In einigen Bundesländern beendet ein erheblicher Anteil der Anwärterinnen und Anwärter ihre Laufbahn vorzeitig. Für die GdP ist dies ein deutliches Indiz dafür, dass strukturelle Defizite in Ausbildung und Betreuung bestehen oder die Erwartungen an den Beruf nicht ausreichend mit der Realität abgeglichen werden. Besonders kritisch bewertet die Gewerkschaft, dass es bislang

kaum systematische Daten zu den Gründen für Ausbildungsabbrüche gibt. Ohne fundierte Ursachenanalyse bleiben gezielte Gegenmaßnahmen schwierig.

Parallel dazu wächst der Druck auf die Polizeikräfte. Wenn weniger Nachwuchs nachrückt und gleichzeitig mehr Aufgaben zu bewältigen sind, steigt die Arbeitsbelastung erheblich. Dies kann zu einem Teufelskreis führen: Überlastung begünstigt Krankheitsausfälle und frühzeitige Berufsausstiege, was die Personalsituation weiter verschärft und den Beruf für potenzielle Bewerber noch unattraktiver macht.

Die GdP kritisiert in diesem Zusammenhang auch die öffentliche Kommunikation vieler Innenministerien. Die häufig betonte Aussage, es gebe „keine pauschale Verschlechterung“ der Bewerberqualität oder man könne „alle Stellen besetzen“, greife zu kurz und verkenne die langfristigen Risiken. Einzelne stabile Jahrgänge dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die strukturellen Rahmenbedingungen verschlechtern. Die Gewerkschaft fordert daher eine ehrlichere und realistischere Bestandsaufnahme.

Aus Sicht der GdP ist klar: Die Nachwuchsprobleme der Polizei sind Ausdruck eines umfassenderen gesellschaftlichen Wandels. Der demografische Rückgang, veränderte Erwartungen der jüngeren Generation an Arbeitsbedingungen sowie Defizite im Bildungssystem wirken zusammen und verschärfen den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst. Die Polizei ist hiervon in besonderem Maße betroffen, da sie auf hoch qualifiziertes, belastbares und verantwortungsbewusstes Personal angewiesen ist.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, fordert die GdP ein Bündel an Maßnahmen. Dazu gehören eine deutliche Stärkung der Nachwuchswerbung, attraktivere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, eine bessere Betreuung während der Ausbildung sowie gezielte Förderprogramme zur Schließung von Kompetenzlücken bereits vor dem Einstieg. Gleichzeitig müsse die Politik die strukturellen Probleme im Bildungssystem entschlossener angehen.



Gute Tarifpolitik denkt nicht nur in Prozenten!



Youtube-Video

Letztlich geht es aus Sicht der Gewerkschaft nicht nur um Personalfragen, sondern um die Sicherstellung der inneren Sicherheit insgesamt. Wenn es nicht gelingt,

ausreichend qualifizierte Polizistinnen und Polizisten zu gewinnen und langfristig im Dienst zu halten, drohen spürbare Einschränkungen in der Einsatzfähigkeit. Die

Nachwuchskrise wird damit zu einer zentralen sicherheitspolitischen Herausforderung, die nicht länger unterschätzt werden darf.

Jens Mohrherr, Landesvorsitzender

OHNE UNS LÄUFT NIX!

Beamtendemo in Frankfurt

Am 21. März 2026 setzten die Gewerkschaften ein Zeichen im Sinne der Beschäftigten. Die DGB-Gewerkschaften des

öffentlichen Dienstes, Verdi, GEW, IG BAU und GdP, riefen zur Beamtendemonstration auf.

Themen waren einerseits die derzeitigen Tarifverhandlungen, wo es zu diesem Zeitpunkt noch kein Angebot gab und andererseits den Unmut der Beamtinnen und Beamten zu verdeutlichen, über eine seit Jahren verfassungswidrige Besoldung.

1.000 Teilnehmer kamen zum Auftakt, welcher am DGB Haus in der Wilhelm-Leuschner-Straße stattfand. Hierbei war deutlich, wie groß der Unmut war und die Beschäftigten endlich ein Zeichen ihres Arbeitgebers erwarten. Und hiermit sind keine warmen Worte gemeint, sondern endlich Taten in finanzieller Hinsicht.

Denn in dieser Hinsicht sind die Maßnahmen des Landes Hessen eher zurückhaltend. Kein Angebot in den Tarifverhandlungen, verspätete Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten im letzten Jahr und die seit Jahren verfassungswidrige Besoldung. Dieses Verhalten als Arbeitgeber führt nicht zu einem fürsorgen-



Jochen Zeng vor dem DGB-Haus



Youtube-Video

Besoldungsrecht folgt dem Tarifrecht – auch in Hessen!



den und wertschätzenden Gefühl bei den Beschäftigten, eher das Gegenteil. Und oftmals hörte man an diesem Tag die Frage nach dem Warum.

Die Beschäftigten leisten jeden Tag das Beste für das Land Hessen. Sie sind 24/7 für die Bürgerinnen und Bürger des Landes ansprechbar, Überstunden, Aufopferung gehören dazu.

Wir sind für die Daseinsvorsorge des öffentlichen Dienstes verantwortlich und

wie der Bürger den Staat als solchen wahrnimmt. Und hier gibt jeder sein Bestes. Kann er dies dann nicht auch von seinem Arbeitgeber erwarten? Und nun sind wir wieder bei der Frage: Warum? Es gibt immer Gründe, warum es nicht geht. Aber ob es der Wirtschaft gut oder schlecht geht, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hören immer, dass es ein schwieriges Umfeld für Lohnerhöhungen ist und die Forderungen

völlig überzogen sind. Aber warum müssen wir das immer ausbaden? Es sind doch die politischen Entscheidungen, die zu den Situationen führen, und der Wille, ob es möglich ist oder nicht.

Vielen Dank an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ihr habt ein starkes Zeichen im Sinne der Beschäftigten gesetzt!

Jochen Zeng



Fotos: Sebastian Schuber (4)

WARNSTREIK VOR DRITTER VERHANDLUNGSRUNDE

Frankfurt sendet ein unüberhörbares Signal!

Frankfurt hat gesprochen – laut, geschlossen und unmissverständlich! Kurz vor der dritten Verhandlungsrunde zum TV-H sind über 1.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf die Straße gegangen, darunter eine starke Beteiligung der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Was sich an diesem Tag durch die Innenstadt bewegte, war weit mehr als ein Demonstrationszug: Es war ein deutliches Zeichen wachsender Entschlossenheit.

Zeitgleich machten auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen in Kassel ihrem Ärger Luft. Die landesweiten Aktionen zeigen: Der Frust sitzt tief – und er wächst weiter. Besonders bei den Polizeibeschäftigten ist die Enttäuschung über die bisherige Haltung der Arbeitgeberseite deutlich spürbar.

Wie ein endloser Lindwurm zog sich der Demonstrationszug durch Frankfurt – vorbei an den Symbolen wirtschaftlicher Stärke, den Bankenhochhäusern, durch das Bahnhofs-

viertel bis hin zur Hauptwache. Transparente, Trillerpfeifen und lautstarke Sprechchöre bestimmten das Bild. Die Botschaft: Wer täglich Verantwortung für die Sicherheit und das Funktionieren unseres Gemeinwesens trägt, lässt sich nicht länger ignorieren.

Den Höhepunkt bildete die Abschlusskundgebung an der Katharinenkirche. Eingerahmt von Einsatzkräften der BFE Frankfurt traten die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften sowie die Verhandlungsführerin Christine Behle ans Mikrofon – und fanden klare, teilweise scharfe Worte.

Klare Forderungen – klare Erwartungen

Die GdP machte dabei unmissverständlich deutlich, worum es jetzt geht:





Ein Ergebnis ist kein Schlussstrich, sondern ein Auftrag!



- **Spürbare Einkommenssteigerungen:** Angesichts steigender Lebenshaltungskosten, vor allen Dingen bei den Benzin- und Gaspreisen, fordern die Beschäftigten eine deutliche und nachhaltige Erhöhung der Entgelte. Reallohnverluste sind nicht länger hinnehmbar.
- **Übertragung auf Beamtinnen und Beamte:** Tarifiergebnisse müssen zeit- und wirkungsgleich auf den Beamtenbereich übertragen werden – alles andere wäre ein Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst.
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen:** Hohe Arbeitsbelastung, Personalmangel und zunehmende Anforderungen erfordern konkrete Entlastungen – nicht nur Worte.
- **Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern:** Nachwuchsgewinnung und Personalbindung funktionieren nur mit wettbewerbsfähigen Bedingungen. Der Staat darf hier nicht weiter den Anschluss verlieren.

Diese Forderungen sind keine Maximalpositionen – sie sind aus Sicht der GdP das absolute Minimum, um den öffentlichen Dienst handlungsfähig zu halten.

Arbeitgeber schweigen – Beschäftigte handeln

Besonders scharf fiel die Kritik an der Arbeitgeberseite aus: Bis zum Warnstreik lag kein belastbares Angebot vor. Kein Signal, kein Entgegenkommen – nichts. Diese Sprachlosigkeit wird von den Beschäftigten als klare Missachtung empfunden. Die Rednerinnen und Redner machten deutlich: Wer Verhandlungen ernst meint, legt Ergebnisse auf den Tisch. Alles andere untergräbt das Vertrauen und heizt die Stimmung weiter an.

Ein Warnstreik mit Signalwirkung

Die Atmosphäre in Frankfurt war geprägt von Solidarität, Entschlossenheit und wachsender Kampfbereitschaft. Viele Teilnehmende machten klar: Sollte auch in der dritten Verhandlungsrunde kein Durchbruch erzielt werden, werden weitere – und deutlich härtere – Maßnahmen folgen.

Der Warnstreik war damit nicht nur ein Protest, sondern ein Weckruf an die Arbeitgeberseite: Die Zeit des Abwartens ist vorbei. Jetzt sind konkrete Angebote gefragt.

Frankfurt und Kassel haben gezeigt, was möglich ist, wenn Beschäftigte geschlossen auftreten. Die Botschaft ist angekommen – die Frage ist nur: Wird sie endlich gehört?

Jens Mohrherr, Landesvorsitzender



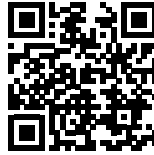
TARIFEINIGUNG TV-H: GEHALT STEIGT IN ZWEI SCHRITTEN TV-H

Gehalt steigt in zwei Schritten & Erhöhung von Wechselschicht- und Schichtzulage

Die Tarifverhandlungen TV-H zwischen dem Land Hessen und den Gewerkschaften konnten nach drei intensiven Verhandlungsrunden in Seeheim-Jugenheim abgeschlossen werden. Ziel der Verhandlungen war es, die Arbeitsbedingungen so-

wie die Entlohnung der Tarifbeschäftigten an die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Insbesondere die dritte Runde fiel in politisch sehr aufgewühlte Zeiten, die es galt, im Tarifiergebnis zu berücksichtigen. Das ist uns gelungen!

Im Mittelpunkt stand die Forderung der Gewerkschaften nach einer deutlichen Lohnerhöhung, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten auszugleichen. Nach drei Verhandlungsrunden wurde nun ein Kompromiss erzielt.



Youtube-Video



Die Tariffkommission der GdP Hessen



Landesvorsitzender Jens Mohrherr

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

- Lineare Entgelterhöhung ab 1. Juli 2026 um 3 Prozent, mindestens jedoch um 110 Euro monatlich, ab 1. Oktober 2027 um weitere 2,8 Prozent
- Auszubildende erhalten eine Entgelt-erhöhung ab 1. Juli 2026 um einen Festbetrag in Höhe von 80 Euro und ab 1. Oktober 2027 um einen weiteren Festbetrag in Höhe von 70 Euro
- Weitere Tarifthemen
 - Erhöhung der Wechselschicht- und Schichtzulage auf 200/100 Euro
 - Fortschreibung Landesticket bis 31. Dezember 2028
- Laufzeit: 25 Monate (1. Februar 2026 bis 29. Februar 2028)

noch enger schnallen müssen, ein wichtiges Zeichen für Wertschätzung der wichtigen Arbeit, die so viele tagtäglich im öffentlichen Dienst leisten. Die hessischen Polizistinnen und Polizisten sind für die Versorgung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und unserer demokratischen Grundwerte unabdingbar und verdienen eine entspre-

chende finanzielle Anerkennung. Der nun zustande gekommene Tarifvertrag ist hierfür ein wichtiger Schritt.“

Marika Hertling

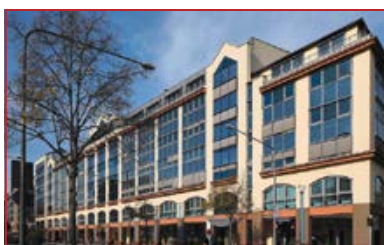
Wir fordern darüber hinaus die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamt:innen.

Zum erzielten Abschluss sagt Jens Mohrherr, der Landesvorsitzende der GdP Hessen: „Das Ergebnis ist in Zeiten, in denen die Inflation wieder anzieht und viele den Gürtel



Innenminister Poseck wurde lautstark begrüßt.

Fotos: Markus Hübschenbett (3)



Grone
WISSEN, DAS SIE WEITERBRINGT

Grone Bildungszentren Hessen GmbH - gemeinnützig
Gerbermühlstraße 11 · 60594 Frankfurt am Main
Telefon 069 4089987-0 · Fax 069 4089987-10
E-Mail: frankfurt@grone.de · www.grone.de



Frauengruppe Hessen bei der Bundesfrauenkonferenz

Foto: GdP/Kay Hirschelmann



Die 9. Bundesfrauenkonferenz der GdP in Potsdam stand im Zeichen von Austausch, Aufbruch und klaren frauenpolitischen Forderungen. Unter dem Motto „Wild, weiblich, wegweisend“ kamen Delegierte zusammen, um Herausforderungen zu diskutieren und die zukünftige Ausrichtung

mitzugestalten. Sechs Teilnehmerinnen aus Hessen erlebten drei intensive Tage.

Ein besonderer Moment war die Wahl des neuen Bundesfrauenvorstandes. Michaela C. Willig wurde zur neuen Bundesfrauenvorsitzenden gewählt und tritt die Nachfolge von Erika Krause-Schöne an.

Unterstützt wird sie von Susanne Dunkel und Carolin Gütschow (stellvertretende Vorsitzende), Sandra Konkol (Schriftführerin) und Sandra Neudert (stellvertretende Schriftführerin).

Aber auch inhaltlich ging es zur Sache: Über 40 Anträge wurden diskutiert und beschlossen, darunter gesellschaftliche Themen wie häusliche Gewalt und die Bereitstellung kostenloser Hygieneartikel. Ein weiteres Highlight war die Fishbowl-Diskussion, in der Fragen zur Polizeiarbeit und Gleichstellung im Berufsalltag erörtert und diskutiert wurden. Natürlich kam auch der Austausch untereinander nicht zu kurz.

Wieder einmal wurde ein toller Rahmen für eine solche Veranstaltung gewählt, bei der auch das Rahmenprogramm ein voller Erfolg war. Die Konferenz zeigte: Die Frauen in der GdP sind vernetzt, engagiert und bereit, Veränderungen voranzutreiben.

Franziska Walter

Frauen in der GdP: Saskia Völker

Nachdem wir euch schon einige GdP-Frauen vorgestellt haben, geht es nun mit Saskia Völker, neue Personalratsvorsitzende aus dem Polizeipräsidium Westhessen, weiter.

Seit wann arbeitest Du aktiv in der GdP mit und was war Deine Motivation, Dich gewerkschaftlich zu engagieren?

Saskia Völker: Ich bin seit rund 20 Jahren Mitglied im Personalrat und arbeite ebenso lang zunächst in der Kreisgruppe Wiesbaden und danach in der Kreisgruppe Rheingau gewerkschaftlich mit, motiviert durch den Wunsch, die Interessen der Beschäftigten wirksam zu vertreten und Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern.

Wo liegen, aus Deiner Sicht, die Schwerpunkte in der Gewerkschaftsarbeit?

Saskia Völker: Die Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit liegen insbesondere im Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen, in der Mitwirkung bei Tarifverhandlungen sowie in der Beratung und Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen bei Konflikten am Arbeitsplatz.

Wie hast Du die GdP früher erlebt und wie erlebst Du sie jetzt, hat sich etwas an den

politischen Schwerpunkten und der Ausrichtung der GdP geändert?

Saskia Völker: Früher war die GdP stärker auf klassische Themen wie Besoldung und Arbeitsbedingungen fokussiert; heute ist sie breiter aufgestellt und setzt zusätzlich verstärkt auf Themen wie Digitalisierung, moderne Polizeiarbeit, Gesundheit und gesellschaftspolitische Verantwortung.

Gibt es, subjektiv betrachtet, Unterschiede zwischen Mann und Frau im täglichen Dienst und in der GdP?

Saskia Völker: Grundsätzlich haben Männer und Frauen bei der hessischen Polizei sowie in der GdP die gleichen Rechte, Aufgaben und Anforderungen. Allerdings zeigt sich in der Praxis jedoch, dass Frauen, vor allem in Führungspositionen unter-



repräsentiert sind. Aus diesem Grund gibt es innerhalb der GdP die Frauengruppe. Die Frauengruppe setzt sich gezielt für Gleichstellung und Chancengleichheit sowie für Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

Hast Du ein Motto, nach dem Du lebst und arbeitest?

Saskia Völker: Mein Leitmotiv ist es, stets mein Bestes zu geben und mich mit voller Überzeugung für die Interessen anderer einzusetzen – dabei verliere ich nie den Mut und gebe auch in schwierigen Situationen nicht auf.

Hast Du gewerkschaftliche Ziele, die Du erreichen möchtest?

Saskia Völker: Meine gewerkschaftlichen Ziele sind vor allem, mich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten und für eine faire Bezahlung starkzumachen.

Was kannst Du anderen, vor allem jungen, Frauen mitgeben, damit diese sich gewerkschaftlich engagieren?

Saskia Völker: „Gestalte die Veränderung, die du dir wünschst, und sei aktiv dabei – nur wer bereit ist, selbst etwas zu bewegen, kann auch Positives bewirken!“

Wie gelingt es Dir, die Bereiche Arbeit, Familie und Gewerkschaftsarbeit „unter einen Hut zu bringen“?

Saskia Völker: Um ehrlich zu sein, nicht immer. Arbeit, Familie und Engagement in der Gewerkschaft lassen sich nur vereinbaren, wenn man gut organisiert ist und klare Absprachen trifft. Für mich bedeutet das viel Planung im Familienalltag und gemeinsame Abstimmung mit meinem Mann und der Familie, sodass es auch in besonders stressigen Zeiten fast alles möglich bleibt, aber halt nicht immer.



Foto: Sebastian Schubert

Staffelübergabe beim Personalratsvorsitz: Saskia Völker löst Wulf Baltruschat in Westhessen ab.

Viel Erfolg bei Deiner neuen Tätigkeit als Personalratsvorsitzende!

ERFAHRUNG TRIFFT ZUKUNFT

60 Jahre JUNGE GRUPPE

Foto: JUNGE GRUPPE Hessen



JUNGE GRUPPE Hessen mit Katrin Kuhl und Jens Mohrherr

Unter dem Motto „Geschliffen für die Zukunft“ feierte die GdP JUNGE GRUPPE am 8. März ihr 60-jähriges Bestehen im Dorint Hotel in Potsdam. Über 100 Delegierte aus allen Bundesländern sowie den Bundesbereichen Bundespolizei, Zoll und BKA nahmen teil, darunter sieben Vertreter aus Hessen. Die Jubiläumsfeier bot die Gelegenheit, auf die erfolgreiche Entwicklung der JUN-

GEN GRUPPE seit 1966 zurückzublicken, junge Mitglieder zu würdigen und den Blick auf zukünftige Herausforderungen zu richten.

Ein besonderes Highlight war die Beteiligung der ehemaligen Bundesjugendvorsitzenden. Sascha Göritz, Kevin Komolka, Gerd Diefenthäler, Reinhard Soll, Martin Meißner und der aktuelle hessische Landesvorsitzende Jens Mohrherr berichteten aus

ihrer Amtszeit, teilten persönliche Erfahrungen und reflektierten über die Veränderungen innerhalb der GdP über die Jahre. Sie gaben wertvolle Einblicke in die Entwicklung der JUNGEN GRUPPE, würdigten die Arbeit der aktuellen Generation und setzten Impulse für die zukünftige Jugendarbeit. Dadurch wurde deutlich, dass Kontinuität, Erfahrung und generationsübergreifender Austausch wesentliche Säulen der Organisation sind.

Ergänzt wurde der Rückblick durch Grußworte von Ehrengästen wie Carsten Rose, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, der die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements junger Polizeibeschäftigter hervorhob und den Zusammenhang von gewerkschaftlicher Mitgestaltung und persönlicher Entwicklung betonte.

Im Anschluss begann die dreitägige Bundesjugendkonferenz 2026. Die Delegierten setzten sich intensiv mit Berichten des Bundesjugendvorstands auseinander, nahmen die Kassenprüfung vor und entlasteten den Vorstand einstimmig. Ein zentrales Ereignis waren die Neuwahlen des geschäftsfüh-



Foto: Kay Hirschelmann



Treffen der ehemaligen Bundesjugendvorsitzenden

renden Bundesjugendvorstands: Zum ersten Mal wurde eine Doppelspitze gewählt. Michél Odenthal und Maren Nölle übernehmen künftig gemeinsam die Führung. Auch Hessen ist weiterhin im Bundesvorstand vertreten, vertreten durch Anna Maria Raschke.

Ein Kernpunkt der Konferenz war die Antragsberatung. Über 110 Anträge wurden diskutiert und beschlossen, darunter zentrale Themen wie Digitalisierung, Arbeitsprozesse, Weiterbildung, Gleichberechtigung, Nachwuchsförderung und Arbeitsbedingungen. Besonders hervorgehoben wurde

die differenzierte Betrachtung von Aufgabenübertragungen außerhalb der Polizei. Ein Antrag aus Hessen konnte dabei erfolgreich Einfluss nehmen und die Delegierten von praxisnahen Lösungen überzeugen.

Fazit

Die Jubiläumsfeier und die Bundesjugendkonferenz haben einmal mehr gezeigt: Die JUNGE GRUPPE ist engagiert, vernetzt und bereit, Verantwortung zu übernehmen. Die Einbindung ehemaliger Bundesjugendvorsitzender verdeutlichte, wie wertvoll der Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen ist. Damit bleibt die JUNGE GRUPPE ein starker Impulsgeber für die Zukunft der GdP – mit Tradition, Erfahrung und frischem Engagement zugleich.

Stefan Krollmann, JUNGE GRUPPE

Termine

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Main-Kinzig

- am Freitag, 12. Juni 2026, 10 Uhr,
- im Gasthaus "Kärners" in Bad Orb, Kurparkstraße 7, 63619 Bad Orb

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Offenbach

- Donnerstag, 25. Juni 2026, ab 9:15 Uhr ankommen
- Beginn 9:45 Uhr
Bürgerhaus Restaurant,
63179 Obertshausen,
Tempelhofer Straße 10

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentt (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden